

Pressemitteilung 19/2022

Halle (Saale), den 17. August 2022

Arbeitsmobilität gehört zum Strukturwandel

Der Kohleausstieg wird die betroffenen Regionen auch dadurch verändern, dass ein Teil der Beschäftigten abwandert. Die Politik sollte diesen Prozess bei der Strukturpolitik berücksichtigen, denn vollständig verhindern lässt er sich nicht. Das verdeutlicht eine vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) veröffentlichte Studie an einem historischen Beispiel.

Wenn Beschäftigte mobil sind, leisten sie einen wesentlichen Beitrag zu einem gelingenden Strukturwandel. Das gilt auch, aber längst nicht nur, für die drei deutschen Braunkohlereviere in der Lausitz, in Mitteldeutschland und dem Rheinland: Sie werden wegen des Kohleausstiegs in den nächsten Jahren einen Teil der angestammten Arbeitskräfte verlieren. Wie eine Analyse des IWH-Ökonomen Richard Bräuer und seiner beiden Koautoren Wolf-Fabian Hungerland und Felix Kersting zeigt, kam es schon in der Vergangenheit zu starker Abwanderung, wenn eine Region von einem wirtschaftlichen Einschnitt betroffen war. Die drei Wissenschaftler untersuchten Wandlungsprozesse in Preußen in den Jahren 1880 bis 1913. Damals wurde mehr und mehr Getreide aus den USA und Argentinien importiert, was die Preise auf dem deutschen Markt drückte. In den getreideproduzierenden Landkreisen wanderten viele Beschäftigte ab, die absolute Wirtschaftsleistung sank. Jedoch blieb das Durchschnittseinkommen vor Ort konstant, und weder stieg die Sterblichkeit der Bevölkerung noch der Zuspruch zur extremen Rechten. Die Arbeitsmobilität half bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Schocks.

Bei allen Unterschieden zwischen dem Preußen von damals und den Braunkohleregionen von heute liefert die Studie ein weiteres Beispiel, das frühere Analysen des IWH stützt. „Arbeitsmigration ist ein wichtiger Ausgleichsmechanismus im Strukturwandel“, sagt IWH-Vizepräsident Oliver Holtemöller. Gut qualifizierte Personen, die ihren Arbeitsplatz in der Braunkohlewirtschaft verlieren, können in vielen Regionen Deutschlands gegenwärtig relativ leicht gut bezahlte Alternativen finden. „Es wird Abwanderung geben aus den Regionen, die vom Kohleausstieg betroffen sind. Bei der heutigen politischen Planung sollte man davon ausgehen, dass die Anzahl der Erwerbspersonen dort erst einmal etwas zurückgehen wird.“ Laut Holtemöller sei es vor allem Aufgabe der Politik, den betroffenen Beschäftigten zu helfen, etwa durch Hilfen zum Umzug oder indem die Infrastruktur für Pendler weiter verbessert wird. Denn Pendler stützen die Kaufkraft in einer Region. Außerdem sei es wichtig, die Regionen attraktiv für die Zuwanderung neuer Arbeitskräfte zu gestalten.

Zur Methodik der Studie:

Für ihre Studie verglichen die drei Ökonomen zwei Arten von Landkreisen innerhalb derselben preußischen Provinzen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg: solche,

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

die auf Getreideanbau spezialisiert waren, mit jenen, in denen beispielsweise Gemüseanbau oder Tierproduktion vorherrschte. Erstere erlebten einen Handelsschock wegen der steigenden Getreideimporte aus Amerika, von dem letztere nicht oder kaum berührt wurden. Durch den Vergleich der beiden Landkreis-Arten konnten die Forscher ermitteln, inwiefern der Schock sich auf Einkommen, Beschäftigung, Sterblichkeit und den Erfolg bestimmter Parteien auswirkte. Dabei nutzten sie unterschiedliche Techniken, um sicherzustellen, dass die Effekte durch den Schock und nicht durch andere Faktoren ausgelöst wurden. Bei ihren Berechnungen bezogen die Wissenschaftler verschiedene Datenquellen ein, etwa zur geographischen Lage, zur Vermögensverteilung und zum Stand der technischen Entwicklung der Landkreise. Somit konnten sie ihre oben genannten Ergebnisse erhärten.

Veröffentlichungen:

Richard Bräuer, Wolf-Fabian Hungerland, Felix Kersting: [Handelsschocks, Arbeitsmärkte und Wohlstand während der ersten Globalisierung](#), in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 28 (1), 2022, 10-13. Halle (Saale) 2022.

Richard Bräuer, Wolf-Fabian Hungerland, Felix Kersting: [Trade Shocks, Labour Markets and Elections in the First Globalisation](#). IWH-CompNet Discussion Papers 4/2021. Halle (Saale) 2021.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf Twitter



Das IWH auf LinkedIn



Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.